

Hinter der Nebelwand

Eigeninteressen der EU-Wissenschaftler, die sich für die Deregulierung von GVOs einsetzen

Verfasst von Claire Robinson, M. Phil.

Co-Direktorin, GMWatch

Untersucht von Anne-Charlotte Moy

Bearbeitet von Franziska Achterberg

Kurze Zusammenfassung

In der Studie werden wirtschaftliche Verbindungen zwischen einzelnen Wissenschaftler*innen, die in den drei wichtigsten pro-GVO-Wissenschaftsorganisationen innerhalb der EU tätig sind, und der produzierenden Saatgutindustrie untersucht. Sie zeigt, dass zahlreiche dieser vermeintlich unabhängigen Wissenschaftler*innen starke Verbindungen zu der Saatgutindustrie haben und Patente oder Patentanmeldungen in diesem Bereich halten. Das wirft ein neues Licht auf die laufende Revision der europäischen GVO-Gesetze.

Zusammenfassung

2018 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass durch neue genetische Modifizierung geänderte Organismen unter die GVO-Gesetze der EU fallen und denselben Sicherheitsbewertungen und Kennzeichnungsvorschriften unterliegen, wie alle anderen GVOs. Das Urteil löste eine koordinierte Lobbying-Reaktion der Befürworter*innen der neuen Gentechnologie aus (z. B. von der Lobbygruppe der Biotechnologiebranche EuropaBio und dem europäischen Verband der Saatgutindustrie Euroseeds), mit dem Ziel diese neuen GVOs von den GVO-Gesetzen der EU auszunehmen.

Die Lobbyarbeit schien sich auszuzahlen, als im April 2021 die Europäische Kommission erklärte, sie werde eine „politische Maßnahme einleiten“, um bestimmte genetisch veränderte (GV) Pflanzen von der GVO-Gesetzgebung der EU auszuschließen. Die Kommission stellte fest, dass die derzeitige GVO-Gesetzgebung für Pflanzen, die mithilfe bestimmter „innovativer Technologien“ hergestellt werden, „nicht zweckmäßig“ ist und „an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt angepasst werden muss“.

Die Ankündigung der Kommission spiegelte frühere Erklärungen des europäischen Verbandes der Saatgutindustrie Euroseeds, welcher multinationale Unternehmen der Agrarindustrie wie Bayer, BASF und Corteva vertritt, wider. Euroseeds begrüßte die Ankündigung und mahnte, dass die Kommission – und die EU-Mitgliedstaaten – schnell handeln müssten.

Zwei Organisationen – die Europäische Organisation für Pflanzenwissenschaften (EPSO) und das Netzwerk für nachhaltige Landwirtschaft durch genetische Veränderung (EU-SAGE) – begrüßten ebenfalls die Ankündigung mit fast denselben Worten. Tatsächlich haben diese Organisationen seit dem Urteil des EuGH intensiv für eine Gesetzesänderung lobbied.

Wer sind diese Gruppen? Warum würden sie sich für eine Schwächung der europäischen GVO-Gesetzgebung einsetzen? Und auf welche Weise vertreten sie die „Wissenschaft“? Diese Studie liefert Antworten auf diese Fragen durch die Untersuchung von drei auf EU-Ebenen tätigen Organisationen – der EPSO, dem EU-SAGE und dem Verbund von Akademien der Wissenschaften in Europa (All European Academies – ALLEA). Er befasst sich mit den Interessen und Bündnissen der aktivsten Personen in diesen Gruppen und den nationalen Organisationen, mit denen sie verbunden sind. Er zeigt, dass Überschneidungen der Positionen dieser Wissenschaftler*innen-Organisationen und des Verbands der Saatgutindustrie kein Zufall sind, da Mitglieder beider Organisationen von einer Lockerung der GVO-Gesetzgebung in der EU wirtschaftlich profitieren würden, sowohl einzeln als auch/oder über ihre Institutionen.

Die Ergebnisse umfassen (Zahlen für EPSO stammen aus Juni 2022 und für EU-SAGE aus Mai 2021):

- Zahlreiche Personen, die in den drei Organisationen auf EU-Ebenen aktiv sind, haben starke Verbindungen zur Saatgutindustrie und halten Patente oder Patentanmeldungen in diesem Bereich.
- 64 % der Mitglieder der EPSO-Arbeitsgruppe für Agrartechnologien, die Stellungnahmen für die EPSO zu diesem Thema erarbeitet, und 32 % der EU-SAGE-Mitglieder haben Eigeninteresse an der Kommerzialisierung gentechnisch veränderter Pflanzen, d. h. sie könnten entweder persönlich oder über ihre Organisationen finanziell oder in Bezug auf ihre berufliche Entwicklung davon profitieren. Sie sind starke Befürworter der Deregulierung von Gentechnologien, ohne ihre wirtschaftlichen Interessen im Rahmen dieser Diskussionen darzulegen.
- 38 % der Mitglieder der EPSO-Arbeitsgruppe für Agrartechnologien und 23 % der Mitglieder des EU-SAGE-Netzwerks halten ein oder mehrere Patente oder Patentanmeldungen im Zusammenhang mit gentechnischen Verfahren oder Produkten.
- 53 % der Mitglieder der EPSO-Arbeitsgruppe und 15 % der EU-SAGE-Mitglieder haben an einem oder mehreren Forschungsprojekten mit der Industrie teilgenommen.
- In einem beunruhigenden Prozentsatz der Fälle (22 % für EPSO und 10 % für EU-SAGE) sind Einzelpersonen an einem Saatgut- oder Biotechnologieunternehmen beteiligt, indem sie eine Position oder Anteile an solchen Unternehmen halten.
- 98 % der Mitglieder der EPSO-Arbeitsgruppe und 83 % der Mitglieder des EU-SAGE-Netzwerks haben einen Hintergrund in Genetik und Molekularbiologie. Fachwissen in Bereichen, die für die Bewertung möglicher negativer Folgen des Einsatzes neuer Gentechniken in der Landwirtschaft relevant sind, wie Ökologie, Agrarökologie, Sozioökonomie, Toxikologie und öffentliche Gesundheit, ist bei diesen Organisationen nicht ersichtlich.

- Einige öffentliche Forschungsinstitute haben starke Verbindungen zu einer oder mehreren der drei Lobbygruppen sowie zur landwirtschaftlichen Biotechnologieindustrie. So sind beispielsweise mehrere Mitarbeiter*innen des VIB (Flämisches Institut für Biotechnologie) sehr aktiv an den Lobbyaktivitäten aller drei Gruppen beteiligt. EU-SAGE ist bei dem VIB angesiedelt, ebenso wie es EPSO in den Anfangsjahren war. Die Lobbygruppen vertreten dieselben Positionen wie die Unternehmen, mit denen das VIB bei kommerziellen Unternehmungen zusammenarbeitet, um „Forschungsergebnisse in Produkte umzusetzen“. Unternehmen, wie Bayer Bioscience, Bayer Cropscience und CropDesign, sind in der Generalversammlung des VIB – seinem „höchsten Gremium“ – vertreten.
- Andere Forschungseinrichtungen mit starken Verbindungen sowohl zu den drei Lobbygruppen als auch zur biotechnologischen Landwirtschaft sind INRAE in Frankreich, Luke in Finnland, Wageningen Plant Research in den Niederlanden, SLU Alnarp in Schweden und CRAG in Spanien. Obwohl es sich um öffentliche Universitäten und Forschungsinstitute handelt, sind sie nicht nur die Heimat des unabhängigen wissenschaftlichen Denkens, sondern auch eng in kommerziellen Interessen verstrickt. Das ist auch eine Folge der Regierungspolitik, die Institutionen dazu anregte, sich um finanzielle Unterstützung aus der Industrie zu bemühen und Einnahmen aus der von ihnen entwickelten Technologie zu erzielen. Auf diese Weise machten Regierungen Forschungsinstitutionen zu „Goldesel“.

Diese Erkenntnisse bedeuten, dass die in dieser Studie genannten Lobbygruppen und einzelnen Forscher*innen nicht als Befürworter*innen einer „wissenschaftsbasierten“ Politik, geschweige denn als Vertreter*innen der „Wissenschaft“ gelten können. Sie vertreten einen begrenzten Bereich der angewandten Wissenschaft mit materiellen Interessen an der kommerziellen Nutzung der Gentechnik in der Landwirtschaft.

Unsere Analyse der Personen, die über die drei Gruppen an der Lobbyarbeit auf EU-Ebene beteiligt sind, zeigt, dass die größte Gruppe (51 von insgesamt 247 in EPSO + EU-SAGE) aus Deutschland stammt – der Heimat von zwei der weltweit größten Saatgutunternehmen, Bayer und BASF. Es folgen Spanien und Italien mit jeweils 19 Personen.

Bei der Erstellung dieser Studie wurden nur öffentlich zugängliche Informationen verwendet (einschließlich der Informationen, die über Anträge auf Zugang zu Dokumenten von Corporate Europe Observatory eingeholt und anschließend veröffentlicht wurden), d. h. die Ergebnisse sind konservativ. Anders gesagt, das tatsächliche Ausmaß der Eigeninteressen könnte weitaus größer sein als hier angegeben. Ein Grund dafür ist der vertrauliche Charakter einiger Forschungsverträge.

Die Beteiligung an bestimmten Regulierungsentscheidungen mit Eigeninteressen ist an sich kein Problem. Das Problem entsteht jedoch, wenn diese Interessen in den Beiträgen zur Debatte über die GVO-Regulierung nicht offengelegt werden und die Personen sich als unabhängige, unparteiische Wissenschaftler*innen und „Stimme der Wissenschaft“ präsentieren. Befürwortung ist ein akzeptabler Teil der Demokratie, aber die Darstellung von Interessengruppen als neutrale Wissenschaftler*innen ist es nicht.

In der EU-Debatte über die Regulierung gentechnisch veränderter Organismen sind zwar alle Stimmen willkommen, doch die besondere Situation von Wissenschaftler*innen und

Organisationen, die an der Entwicklung von Gentechnik und landwirtschaftlichen Anwendungen beteiligt sind, muss berücksichtigt werden. Vor allem aber sollten ihre Interessen bei Diskussionen über die GVO-Verordnung der EU stets offengelegt werden.

All dies wäre wohl nicht von Bedeutung, wenn die von den Lobbygruppen verbreiteten Botschaften wissenschaftlich korrekt wären und als Grundlage für eine solide und vorsorgliche Regelung für neue GVO-Pflanzen dienen könnten. Die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in Anhang I dieser Studie (Online) zusammengefasst sind, zeigen jedoch, dass ihre Behauptungen – dass die Genbearbeitung präzise und kontrollierbar sei, nur Veränderungen hervorbringe, die auch in der Natur vorkommen könnten, und sicher für den Verbraucher und die Umwelt sei – falsch oder höchst irreführend sind. Ihre Propagierung dieser Botschaften führt daher die Regulierungsbehörden in die Irre und gefährdet die öffentliche Gesundheit und Umwelt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Studie empfehlen wir politischen Entscheidungsträger*innen, Aufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit, die Behauptungen und Empfehlungen dieser Lobbygruppen kritisch zu betrachten und stattdessen die fachkundige Meinung von wirklich unabhängigen Wissenschaftler*innen einzuholen, die kein Eigeninteresse an der Kommerzialisierung von Gentechnologien und Produkten haben. Dazu sollten auch Wissenschaftler*innen gehören, die sich aktiv mit den Risiken dieser Technologien befassen und die in Anhang I dieser Studie zitierten Arbeiten verfasst haben.